

Beratungsvertrag und Datenschutzvereinbarung (DS-GVO)

inkl. Fernberatung

§ 1 Vertragsgegenstand

Der Klient / die Klientin nimmt beim Berater / bei der Beraterin eine psychologische Beratung in Anspruch. Die Beratung kann in Form einer persönlichen Begegnung in der Praxis / bei einem Hausbesuch erfolgen oder auch in Form einer Telefon- / Videosprechstunde.

§ 2 Honorar, Kostenerstattung

Das Honorar bei einem Praxisbesuch berechnet sich nach dem jeweiligen Zeitaufwand der Beratung. Vereinbart wird eine Vergütung in Höhe von 80 € je 60 Minuten. Bei längeren Sitzungen werden angebrochene Stunden anteilig berechnet. Das Erstgespräch wird mit 120 € für 90 Minuten berechnet. Bei Fern-Sitzungen sind ausschließlich komplette Angebote buchbar.

() Das Honorar ist im Anschluss an die Sitzung in bar oder EC-Cash gegen Quittung zu zahlen.

() Das Honorar bzw. der Angebotspreis ist - bei Fern-Sitzungen – im Voraus an den Berater / die Beraterin zu überweisen.

§ 3 Aufklärung / Hinweise

Die psychologische Beratung ersetzt keine ärztliche Diagnose und Therapie. Klient*innen sind aufgefordert, medizinische Behandlungen nicht zu unterbrechen und sich bei Störungen mit Krankheitswert in die Behandlung eines Arztes / einer Ärztin oder eines Heilpraktikers / einer Heilpraktikerin zu begeben.

Eine schriftliche Einwilligung durch den Klienten / die Klientin ist erforderlich, wenn die Erteilung einer Auskunft des Beraters / der Beraterin an Dritte erfolgt.

Gesetzliche und private Krankenversicherungen übernehmen keine Kosten für eine psychologische Beratung, da es sich nicht um Heilbehandlungen handelt.

§ 4 Ton- und Bildaufzeichnungen

Bei Fernsitzungen bedarf es für Aufzeichnungen im Rahmen der Sitzung in jedem Fall der vorherigen schriftlichen Zustimmung beider Seiten. Gleiches gilt dann auch für die spätere Verwendung der Aufzeichnung. Sollte es keine vorherige Vereinbarung geben, sind Aufzeichnungen für beide Seiten nicht erlaubt.

§ 5 Ausfallhonorar

Bei nicht in Anspruch genommenen vereinbarten Terminen, verpflichtet sich der Klient/die Klientin unwiderruflich zur Zahlung des Ausfallbetrages in Höhe von 50 % der Termingebühr. Der Ausfallbetrag ist sofort ohne Frist zahlbar. Die vorstehende Zahlungsverpflichtung tritt nicht ein, wenn Klient*innen 48 Stunden vor dem vereinbarten Termin absagen oder ohne Verschulden, z.B. im Falle einer Erkrankung oder eines Unfalls, am Erscheinen verhindert sind. In diesen Fällen wird jeweils ein Ersatztermin vereinbart.

Termine, die von Seiten der Psychologischen Berater*innen abgesagt werden müssen, werden den Klient*innen nicht in Rechnung gestellt. Klient*innen haben in einem solchen Fall keinerlei Ansprüche gegen die Psychologischen Berater*innen. Diese schulden auch keine Angabe von Gründen.

§ 6 Gerichtsstand

Meinungsverschiedenheiten sollten gütlich beigelegt werden. Beschwerden, Gegenvorstellungen oder abweichende Meinungen sollten immer schriftlich der anderen Partei vorgelegt werden. Bei Meinungsverschiedenheiten aus dem Beratungsvertrag, die trotz beiderseitigen Bemühungen nicht gütlich beigelegt werden, ist der Gerichtsstand die Praxisanschrift.

§ 8 Schlussbestimmungen

Die Beratung, auch Fernberatung enthebt den Klienten / die Klientin nicht, die vollen Verantwortung für seine / ihre Handlungen selbst zu übernehmen. Um bei möglichen Störungen gemeinsam nach Abhilfe zu suchen, verpflichten sich Klient*innen, sich zeitnah zu melden.

Für diesen Beratungsvertrag, bzw. dessen Durchführung gilt ausschließlich deutsches Recht. Abweichende Vereinbarungen zu diesem Beratungsvertrag sind nur dann wirksam, wenn sie schriftlich vereinbart wurden.

Ihre Rechte

Der/die Unterzeichnende hat das Recht, diese Einwilligung jederzeit und ohne Angabe einer Begründung mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen. Der Widerruf kann per E-Mail, Fax oder postalisch an mich/uns übermittelt werden. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung wird durch den Widerruf nicht berührt.

Sie haben das Recht, über die Sie betreffenden personenbezogenen Daten Auskunft zu erhalten. Die Verarbeitung Ihrer Daten erfolgt auf Basis von gesetzlichen Regelungen. Unter bestimmten Voraussetzungen steht Ihnen das Recht auf Löschung von Daten, das Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung sowie das Recht auf Datenübertragbarkeit zu.

Außerdem haben Sie das Recht, sich an die zuständige Aufsichtsbehörde für den Datenschutz zu wenden, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten nicht rechtmäßig erfolgt.